

Kurzbericht

öffentlicher Teil

17. Sitzung – Arbeits- und Sozialpolitischer Ausschuss

29. Oktober 2025 – 10:03 bis 10:51 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Sabine Bächle-Scholz (CDU)

CDU

Jennifer Gießler
Stefanie Klee
Michelle Kraft
Max Schad

AfD

Gerhard Bärsch
Robert Lambrou
Volker Richter

SPD

Nadine Gersberg
Matthias Körner
Turgut Yüksel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Marcus Bocklet
Julia Herz
Felix Martin

Freie Demokraten

Yanki Pürsün

Weitere Anwesende:

Staatssekretärin Manuela Strube, der Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen Andreas Winkel, Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei und der Ministerien sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.

(Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung: 10:40 Uhr)

1. Große Anfrage

Gerhard Bärsch (AfD), Volker Richter (AfD), Robert Lambrou (AfD), Sandra Weegels (AfD), Arno Enners (AfD), Heiko Scholz (AfD), Pascal Schleich (AfD), Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD), Markus Fuchs (AfD), Gerhard Schenk (Bebra) (AfD)
Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen in Hessen
– Drucks. [21/2871](#) zu Drucks. [21/2361](#)–

Abgeordneter **Volker Richter** teilt mit, die AfD-Fraktion habe keine Nachfragen.

Die **Vorsitzende** stellt fest, weitere Wortmeldungen lägen nicht vor.

Beschluss:

ASA 21/17 – 29.10.2025

Der Arbeits- und Sozialpolitische Ausschuss hat die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage in öffentlicher Sitzung abschließend besprochen.

(einvernehmlich)

2. Große Anfrage

Volker Richter (AfD), Gerhard Bärsch (AfD), Arno Enners (AfD), Robert Lambrou (AfD), Dr. Frank Grobe (AfD) und Bernd Erich Vohl (AfD)
Zugang zur Schuldnerberatung in Hessen – Versorgungslage, Finanzierung und Wartezeiten
– Drucks. [21/2848](#) zu Drucks. [21/2510](#) –

Abgeordneter **Volker Richter** teilt mit, die AfD-Fraktion habe keine Nachfragen.

Die **Vorsitzende** stellt fest, weitere Wortmeldungen lägen nicht vor.

Beschluss:

ASA 21/17 – 29.10.2025

Der Arbeits- und Sozialpolitische Ausschuss hat die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage in öffentlicher Sitzung abschließend besprochen.

(einvernehmlich)

3. **Antrag**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Meilenstein für den Schutz von Frauen in Deutschland –
Landesregierung muss Gewalthilfegesetz nun umsetzen
– Drucks. [21/2757](#) –
4. **Dringlicher Antrag**
Fraktion der CDU, Fraktion der SPD
Gewalt gegen Frauen stoppen – Gewalthilfegesetz umsetzen
– Drucks. [21/2803](#) –

Abgeordnete **Julia Herz** führt aus, die Plenardebatte habe gezeigt, dass das Thema Frauensicherheit fraktionsübergreifend beschäftige und auch bewege. Es werde gemeinsam anerkannt, dass ein großer Handlungsbedarf bestehe. Das Gewalthilfegesetz sei ein Meilenstein für den Schutz von Frauen. Bekannterweise fehlten ungefähr 740 Frauenhausplätze in Hessen. Daher müssten die hessischen Frauenhäuser immer noch sehr viele Anfragen von schutzsuchenden Frauen abweisen.

Auch wenn beide Anträge zwar das gleiche Thema behandelten, wiesen sie doch Unterschiede auf, vor allem hinsichtlich der in den Anträgen hinterlegten Maßnahmen. Im Antrag der Koalition seien viele Maßnahmen aufgeführt – dies könne sie aus der Perspektive der Koalition auch verstehen –, die bereits liefen und ohne finanzielle Erhöhung weitergeführt würden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüße zwar, dass diese Maßnahmen weitergeführt würden, sie begrüße allerdings nicht, dass dies ohne finanzielle Erhöhung erfolge.

Damit nun Schwung in die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes gebracht werden könne, erkundige sie sich in Richtung der Koalition und der Landesregierung hinsichtlich der weiteren Planungen zur Umsetzung des Gewalthilfegesetzes. Da die Zahl der Frauenhausplätze bekannterweise zu gering sei, müssten zur Umsetzung des Rechtsanspruchs bis 2032 mehr Frauenhausplätze geschaffen werden. Sie wolle wissen, wann die Vorlage der Bedarfsanalyse geplant sei und wie der Zeit- und Finanzierungsplan mit Blick auf die nächsten Haushalte aussehe.

Abgeordnete **Nadine Gersberg** macht darauf aufmerksam, dass tatsächlich schon Schwung in die Umsetzung gekommen sei. Das Ministerium habe bereits Akteurinnen und Akteure in die Planungen einbezogen.

Den Koalitionsfraktionen sei dieses Thema ein sehr wichtiges Anliegen. Alle Ministerien hätten sich dies auf die Fahne geschrieben, weshalb dieses Gesetz so schnell wie möglich zur Umsetzung gebracht werde.

Staatssekretärin **Manuela Strube** betont, es sei ein Herzensthema des Ministeriums und insgesamt ein Meilenstein. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des HMSI arbeiteten aktuell auf Hochtouren an dem Gesetz. Es sei wichtig, dass mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren gesprochen werde, insbesondere mit den Kommunalen Spitzenverbänden, weil es am Ende in den Kommunen vor Ort umgesetzt werden müsse.

Selbstverständlich würden hierfür zusätzliche Mittel in den Haushalt eingestellt. Auf Bundesebene gebe es erste Überlegungen, wie viel der Bund dem Land zur Verfügung stelle, weshalb momentan die konkrete Rückmeldung des Bundes abgewartet werde.

Abgeordnete **Stefanie Klee** teilt mit, bei einem Gespräch mit der LAG hessischer Frauen- und Gleichstellungsbüros sei berichtet worden, dass diese bereits einmal vom Ministerium angehört worden seien. Wie bereits gesagt worden sei, stelle die Umsetzung eine große Herausforderung dar, weshalb man sicherlich noch viel darüber diskutieren werde.

Der aktuelle Gesetzentwurf der Landesregierung zum HKJGB habe gezeigt, dass das Ministerium eng mit den Akteuren zusammenarbeite, die sprechfähig seien und das Gesetz mitgestalten. Sie habe vollstes Vertrauen in das Ministerium, dass dies auch zukünftig so sein werde.

Es werde eine große Herausforderung für ganz Hessen werden und für die Kommunen, die mit einbezogen werden müssten. Daher werde uns dieses Thema auch noch im nächsten Jahr beschäftigen.

An den Anträgen könne gesehen werden, dass schon vieles angestoßen bzw. begonnen worden sei. Vieles müsse weitergeführt und ausgebaut werden. Daran werde die Koalition tatkräftig arbeiten.

Da Staatssekretärin Manuela Strube die Zeitschiene angesprochen habe, wirft Abgeordnete **Julia Herz** die Fragen auf, wann die Bedarfsplanung dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werde und wann die Einbringung des Ausführungsgesetzes geplant sei.

Staatssekretärin **Manuela Strube** antwortet, die erste Lesung des Gesetzentwurfes sei im September 2026 geplant. Im November 2026 solle der Gesetzentwurf verabschiedet werden, sodass das Gesetz am 1. Januar 2027 in Kraft treten könne.

Da das Ministerium ein hohes Interesse an diesem Thema habe, könne darauf vertraut werden, dass die Zeitschiene wie beim Gesetzentwurf zum HKJGB eingehalten werde. Man arbeite mit Hochdruck an dem Gesetzentwurf. Wie Abgeordnete Stefanie Klee ausgeführt habe, fänden momentan Treffen mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren statt, um alles zusammenzutragen. Daraus ergebe sich dann auch die konkrete Bedarfsplanung.

Beschluss zu Tagesordnungspunkt 3:

ASA 21/17 – 29.10.2025

Der Arbeits- und Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Antrag abzulehnen.

(CDU, SPD gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten, Enthaltung AfD)

Berichterstattung: Julia Herz
Beschlussempfehlung: Drucks. [21/2919](#)

Zu Beginn der Sitzung kam der Arbeits- und Sozialpolitische Ausschuss einvernehmlich überein, den Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Beschluss zu Tagesordnungspunkt 4:

ASA 21/17 – 29.10.2025

Der Arbeits- und Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Dringlichen Antrag anzunehmen.

(CDU, AfD, SPD, Enthaltung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten)

Berichterstattung: Julia Herz
Beschlussempfehlung: Drucks. [21/2920](#)

Zu Beginn der Sitzung kam der Arbeits- und Sozialpolitische Ausschuss einvernehmlich überein, den Dringlichen Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

(Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 10:50 Uhr –
Fortsetzung in nicht öffentlicher Sitzung)

Wiesbaden, 20. November 2025

Protokollführung:

Vorsitz:

Rebecca Recebs

Sabine Bächle-Scholz